



## Keine Instrumentalisierung des Themas „sexueller Missbrauch“ durch Nazis!

Fachliche Überlegungen zum Umgang mit Instrumentalisierungsversuchen durch Neonazis. Ein Papier der Fachstelle „Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung“

Fachkreise der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus beobachten seit einigen Jahren, dass das Thema sexueller Missbrauch bzw. der Umgang mit (ehemaligen) Täter/innen ein zentrales für unterschiedliche rechtsextreme Akteure darstellt. Das Thema erweist sich als ein sehr anschlussfähiges und Nazis erhoffen sich hier einen Weg in die Mitte der Gesellschaft. Seit längerem ist zu beobachten, dass Nazis versuchen, Vereine und NGO's, die sich dem Thema aus Perspektive der Prävention widmen, für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Das geschieht u.a. dadurch, dass Öffentlichkeitsmaterialien online ungefragt weiterverwendet oder Homepages verlinkt werden. In Reaktion auf dieses Problem werden wir im Folgenden zunächst darauf eingehen, wie Neonazis sich zum Thema sexueller Missbrauch positionieren und in einem zweiten Teil Empfehlungen geben für den präventiven und reaktiven Umgang mit Instrumentalisierungsversuchen.

### **Wie und aus welchen Gründen widmen sich Neonazis dem Thema sexueller Missbrauch?**

Die Tätigkeiten der Nazis auf diesem Gebiet können als wichtiger Teil ihrer Normalisierungsstrategie begriffen werden: Sie greifen populäre Themen auf und polemisieren gegen „den Staat“, um sich selbst als sympathische und tatkräftige politische Alternative zu präsentieren. Rechtsextreme treten als „Kümmerer“/„Macher“ auf und suggerieren, tätig zu werden; Politikverdrossene werden gezielt angesprochen. Für die Normalisierungsstrategie spielten und spielen Frauen immer eine besondere Rolle. Gelten sie doch immer noch als unauffälliger und friedfertiger. Auch im online-Bereich ist zu erkennen, dass sich rechte Frauen einbringen und strategisch positionieren, u.a. zum Thema sexueller Missbrauch. Zustimmung zu Forderungen gegen Missbrauch stellen sich schnell ein – über diese Zustimmungen beabsichtigen Neonazis Aufmerksamkeit, Wählerstimmen und neue Mitglieder zu erhalten. Klagen über zu geringe Strafmaße und eine Zunahme von Straftaten sind Teil einer „law-and-order“-Logik. Die Forderung nach „Todesstrafe für Kinderschänder“ ist eine rechtsextreme Kampagne, mit der emotionalisierende, polemisierende Forderungen nach Rache an Tätern und drastischen Strafen im Vordergrund stehen. Hier werden rechtsstaatliche, menschenrechtliche Grundsätze missachtet und vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Probleme gegeben. Es wird suggeriert, dass das komplexe Thema der sexualisierten Gewalt durch schnelles und direktes Handeln einfach zu lösen sei. Neonazis geht es an keiner Stelle um Unterstützung für die Opfer von sexuellem Missbrauch! Weder geht es um Prävention noch um einen Umgang mit Missbrauchserfahrungen. Betroffene werden in der Regel als lebenslange Opfer dargestellt, deren Leben für immer zerstört und verwirkt ist. In den Darstellungen zeigt sich eine Freude an Pathos und Gewaltverherrlichung, Nazis ästhetisieren Gewalt und beziehen sich fast ausschließlich auf den Umgang mit Tätern sexuellen Missbrauchs. Hier finden sich drastisch inszenierte Horrorszenarios die Angst und Schrecken hervorrufen sollen. Außerdem wird Voyeurismus bedient.

Auf diese Weise wird im öffentlichen Raum aber auch online, - insbesondere in den sozialen Netzwerken wie z.B. Facebook - versucht, schnelle Zustimmung von vielen Personen zu erhalten, insbesondere auch von solchen, die sich nicht als politisch rechts verstehen. Für viele Personen ist es schwer auf den ersten Blick zu erkennen, mit welchen Akteuren sie es zu tun haben und mit welchen Akteuren sie in solchen Situationen ein Bündnis eingehen. Hier ist eine Sensibilisierung und öffentliche Debatte sinnvoll und unabdingbar. Die Analyse über die Darstellungsweise von Neonazis bietet zudem wichtige Hinweise für präventive Schritte und Überlegungen, wie Vereine und NGOs sich fit machen können, um Instrumentalisierungsversuchen wirksam entgegenzutreten.

## **Was können Sie bzw. Ihre Organisation tun? Überlegungen für die Prävention von Instrumentalisierung durch Neonazis**

Hier gilt es zum einen fachliche Standards in der Thematisierung und Darstellung des Themas zu beachten. Dazu gehört eine sachliche Darstellung in Text und Bild, um keine Anschlussmöglichkeiten für rechte Ideologie in Sprache und Ästhetik zu bieten. Auf sexualisierende, triggernde Darstellung von Personen insbesondere auf Opferdarstellungen ist zu verzichten, um der Gefahr von Retraumatisierung und Revictimisierung entgegenzuwirken. Unbedingt notwendig ist eine Auseinandersetzung mit rechtsstaatlichen Möglichkeiten und demokratischen Interventionen. Hier geht es darum, nachvollziehbare Positionierungen zu rechtsstaatlichem Handeln plausibel begründen zu können, und nicht zuletzt nach innen und außen vertreten zu können, dass „Todesstrafe“ keine Antwort in demokratischen Gesellschaften sein kann.

Diese wichtige inhaltliche Auseinandersetzung kann als erster Schritt für die Entwicklung eines **Leitbildes** genutzt werden. Hier geht es um die gemeinsame Erarbeitung von nicht-rassistischen, anti-antisemitischen und antisexistischen Positionen. Teil dessen muss die Auseinandersetzung über rechtsstaatliche Positionen bzw. über den juristischen Umgang mit Täter/innen sein. Ein weiterer wichtiger Schritt bei der Erarbeitung eines demokratischen Leitbildes stellt die Auseinandersetzung über gesamtgesellschaftliche Bedingungen dar. So z. B. mit der Frage danach, welche Macht- und Herrschaftsverhältnisse Missbrauch begünstigen können sowie eine kritische Auseinandersetzung mit traditionellen Geschlechterrollen und der Konstruktion der bürgerlichen Kleinfamilie. Die Erarbeitung eines demokratischen Leitbildes stärkt zum einen die demokratische Gesprächs- und mitunter auch Streitkultur nach Innen und drückt nach Außen (auf der Homepage platziert) eine eindeutige Positionierung aus. Als ein weiteres nach außen wirksames Zeichen kann das Kampagnenlogo „Kein Ort für Neonazis“ auf der jeweiligen Startseite veröffentlicht werden. So machen Sie direkt deutlich, dass Ihre Organisation/Initiative nichts mit Nazis zu tun haben möchte und auch nach außen eine demokratische Gesinnung vertritt.

## **Welche rechtlichen Möglichkeiten, welche Handlungsoptionen gibt es?**

Anwaltlicher Beistand nützt, wenn auf eigenes Material durch Nazi-homepages zugegriffen wird: Zu bedenken bleibt, dass eine Unterlassungsklage oft Zeit benötigt (Fristen). Soziale Netzwerke: Hier ist es sinnvoll, Urheberrechtsverletzungen beim Betreiber zu melden. Handelt es sich um „Hassrede“ oder KEP (keine echte Person, häufig sind Nazi-Accounts keine echten Namen, wie z.B. „weißer wolf“) haben Betreiber oft die Pflicht innerhalb von 48h zu reagieren, Materialien, Artikel, Statements etc. zu sperren. Ebenso sinnvoll ist es, die „Ignorier“-Funktion nutzen, hierüber lassen sich schnell und effektiv Facebook-Accounts sperren.

## **Wichtig für den Umgang online:**

Durchaus sinnvoll ist es, sich einzumischen, zu entlarven und zu thematisieren: Nazi-Accounts lassen sich gut in Kommentaren für andere Mitleser\_innen aufdecken. Wichtig ist es, sich zu positionieren, nur dann bleibt die Hetze nicht unwidersprochen. Hilfreich kann es sein, nachzufragen: „Wussten Sie eigentlich, dass das rassistisch ist?“ oder zu rügen: „Das ist rassistisch, belästigen Sie mich nicht damit! Das passt nicht in dieses Forum“. Ebenso sinnvoll kann es sein, auf AGBs hinzuweisen. Generell gilt: Ruhig und sachlich zu bleiben und sich nicht zu Beleidigungen hinreißen zu lassen.

## **Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich gern an uns:**

Dr. Esther Lehnert und Dr. Heike Radvan

esther.lehnert@amadeu-antonio-stiftung.de, heike.radvan@amadeu-antonio-stiftung.de

Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung

www.gender-und-rechtsextremismus.de; www.amadeu-antonio-stiftung.de

Amadeu Antonio Stiftung

Linienstrasse 139, 10115 Berlin

030.24088612